

### Mein Name ist Kohl, ich weiß von nichts!

In der Donnerstag-Sitzung des Klarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages wurde der Bürgermeister von Köpenick, Kohl, vernommen. Zur Zeit ist er von seinem Amt suspendiert. Klagen über die Güte der Waren seien zu seiner Zeit nicht laut geworden. Außer Klarek hätten sich auch andere Firmen bei Liquidierung der R. V. G. zur Übernahme des Warenlagers im Werte von 650 000 Mark bereit erklärt, das ganze Lager aber seien nur die Klareks zu übernehmen bezeugt worden. — Die Vorhaltung des Abg. Obuch, daß es heiße, Zeuge Kohl habe in dieser Zeit Gelegenheit gehabt, sich die Mittel zum Kauf einer Villa zu beschaffen, wies der Zeuge zurück, diese Mittel habe er zu hohen Zinsen von einem Bankhause aufgenommen. — Abg. Dr. Deering: Wie erklären Sie sich das Defizit von über einer Million bei der Klarek-Bewertungs-Gesellschaft? Zeuge Kohl: Wir hatten nur ein Geschäftskapital von 20 000 Mark, das war viel zu wenig. Daher mußten hohe Kredite aufgenommen werden, die zu hoher Zinslast führten. Außerdem habe man unter den Verlusten der Inflationszeit gelitten. Das stetig wachsende Defizit habe er nicht gemerkt, da in den ihm vorgelegten Bilanzen die Verluste noch nicht in die Erscheinung getreten seien. Hinsichtlich der Abholung des großen Lagers nimmt Bürgermeister Kohl an, daß es sich um den Ausverkauf von Kriegsware gehandelt habe. Das Gehalt des Geschäftsführers Kieburg sei nach Gruppe B II berechnet worden, zusätzlich 30 Prozent der Gesamtabzüge. Abg. Stendel betonte hierzu, dies sei das Gehalt eines Regierungspräsidenten plus 30 Prozent.

### Abgeordneter Gaebel sagt aus.

Berlin. In der Donnerstag-Sitzung des Klarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages gab der kommunistische Abgeordnete Gaebel an, am 12. Juni 1926 vom Magistrat in den Aufsichtsrat der R. V. G. und den Liquidationsausschuss der städtischen R. V. G. gewählt worden zu sein. Am 10. Juli sei er Vorsitzender des Aufsichtsrats geworden. Die R. V. G. habe damals etwa 3 Millionen Mark Darlehen und 900 000 Mark überfällige Zahlungen für Lieferanten gehabt. Unregelmäßigkeiten stellten sich bei den Belegen heraus. Das sei Ende November 1926 gewesen. Am 4. Dezember habe er Kieburg schon zur Disposition gestellt. Die Bilanz sei zurückgezogen und nachgeprüft worden. Eine Generalrevision habe ergeben, daß die Bilanz Kieburgs nicht stimme und die Lagerbestände nicht den Tatsachen entsprechend angegeben worden seien. In der revidierten Bilanz stelle sich ein Fehlbetrag von 1,3 Millionen für die R. V. G. heraus. Die Folge sei die Liquidation gewesen. Seine, des Zeugen, Verträge mit Klarek seien von den städtischen Stellen gebilligt worden. Der Verkehr mit Klarek habe sich trotz des riesigen Umfangs reibungslos abgespielt, in einem Dreivierteljahr seien nur 45 Beschwerdefälle vorgekommen. Sachverständige seien über Qualität und Preis befragt worden, sie seien für gut und angemessen erachtet.

Von der Kreditgebarung der Firma Klarek mit der Stadtbank habe er keine Kenntnis gehabt, obwohl er im Verwaltungsrat der Stadtbank gewesen habe. In seiner Gegenwart sei auch in keiner Sitzung davon gesprochen worden. Die Zustände in der R. V. G. bezeichnete der Zeuge als einen Saustall. Mit erhobener Stimme erklärte Gaebel: „Weil ich mit dieser Schweinerei ein Ende machen wollte, werden mir Vorwürfe gemacht, und deshalb will man disziplinarisch gegen mich vorgehen.“

### Erst im nächsten Jahre Klarek-Prozess.

Die Klarek-Untersuchung nimmt einen so großen Umfang an, daß man allmählich an die Maßstäbe des Barmat-Verfahrens herankommt. Die Akten sind bereits auf zwanzig Haupt- und achtzehn Sonderbände angeschwollen. Der Umfang wird aber noch erheblich größer werden, so daß man schon heute Ziffern des Barmat-Prozesses in Aussicht hat. — Die Anberaumung der Hauptverhandlung ist in diesem Jahre fast ausgeschlossen. Voraussichtlich wird sich im kommenden Frühjahr eine Sonderkammer mit dem großen Klarek-Strafprozess zu beschäftigen haben.

### Bankskandale ohne Ende.

Die Berliner Bank für Deutsche Beamte stellt die Zahlungen ein. Berlin. Die Bank für Deutsche Beamte in der Reichshauptstadt, eines der größten Finanzinstitute der Beamenschaft, an der etwa 40- bis 50 000 Angehörige der Reichsbahn, der Post, der Schutzpolizei und anderer staatlicher Institutionen interessiert sind, und die in Berlin über 12 Depositionskassen verfügt, hat Donnerstag aus vorläufig noch undurchsichtigen Gründen plötzlich ihre Zahlungen eingestellt. Vor den Depositionskassen und auch vor dem Direktionsgebäude kam es zu stürmischen Szenen. Die Eingeeigerten forderten ihr Geld zurück und bedrohten die Angestellten. Schließlich mußte Polizeischutz in Anspruch genommen werden.

Schon seit einiger Zeit waren zwischen der Bank für Deutsche Beamte und der Beamtenzentralbank Fusionsverhandlungen im Gange. Die Verschmelzungsbestrebungen scheiterten am Mittwoch. Die Bank für Deutsche Beamte hatte einerseits zahlreichen Beamten, die eine Ueberweisung ihrer Gehälter an ihre Kassen vorgenommen hatten, Vorstöße gewährt, andererseits die Verwaltung des Vermögens zahlreicher Beamter übernommen, die ihre Gehälter gleichfalls von der Staatskasse direkt an die Bank zahlen ließen. Sie erschienen dann meistens am letzten eines jeden Monats, oder je nach Bedarf bei der Bank, und hoben ihre Gelder ab. Als die Beamten sich Donnerstag bei den Depositionskassen und auch in der Zentrale um ihre Gelder meldeten, wurde ihnen von den Kassenbeamten zunächst mitgeteilt, daß eine augenblickliche Geldknappheit eingetreten sei und man zunächst nur Kontozahlungen leisten könnte. Gegen neun Uhr vormittags, als dann immer mehr Kunden angekommen waren, wurde ihnen plötzlich erklärt, daß das Geld ausgegangen sei und vorläufig keine weiteren Auszahlungen stattfinden könnten.

Auf Grund weiterer Einzelheiten, die inzwischen bekannt wurden, ergibt sich, daß die Bank für Deutsche Beamte schon seit geraumer Zeit recht zweifelhafte Geschäfte übernommen hatte,

was auch die Beamtenzentralbank veranlaßte, vor einem Zusammengehen mit der Bank für Deutsche Beamte abzusehen. Unter anderem soll die Deutsche Beamtenbank sehr üble Kreditgeschäfte getätigt haben. Einem Privatmann, der sich, wie öffentlich bekannt war, in schwierigen Verhältnissen befand, soll sie gegen einen lächerlichen Prozentsatz sehr viel Geld geliehen haben. Weiter habe sie zweifelhafte Automobilzahlungsengeschäfte abgeschlossen. Angesichts dieser Situation lehnte es, wie oben bereits erwähnt, der Vorstand der Deutschen Beamtenzentralbank ab, mit einem derartig notleidenden Unternehmen eine Fusion einzugehen. Gleichzeitig wurde die Kreditperre von der Deutschen Beamtenzentralbank beschlossen, und nun mußte Donnerstag die Bank für Deutsche Beamte die Zahlungen einstellen.

### Konkursverfahren gegen das Kasseler Bankhaus André & Herzog.

Kassel. Ueber das Vermögen des in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen alten Bankhauses André & Herzog in Kassel ist Donnerstag das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt und Notar Dr. Schäfer in Kassel bestellt. Ueber die Höhe der Verbindlichkeiten verlautet, daß die bis jetzt zur Anmeldung gekommenen Verpflichtungen rund 1,5 Mill. Rm. ausmachen, denen Vermögenswerte im Betrage von nur 260- bis 280 000 Rm. gegenüberstehen. Indessen können diese Ziffern noch nach oben oder nach unten Veränderungen erfahren. Der eine Mitinhaber der Firma, der 55jährige Bankier Julius Zinn, hat sich im Walde erschossen. Der Mitinhaber des Bankhauses, Bankier Hans F. Herzog, hat sich auf dem Kasseler Amtsgericht, Abt. Konkursachen, eingefunden. Dieser Zusammenbruch hat in Kassel das größte Aufsehen hervorgerufen.

Wir machen an dieser Stelle auf die im Anzeigenteile enthaltene Anzeige über „Meisters Buchroman“ aufmerksam, die wir der Beachtung unserer Leser freundlichst empfehlen.

### Wie steht es um die Reichsfinanzen?

#### Silberding verteidigt seine Finanzpolitik.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages sprach Reichsfinanzminister Dr. Silberding über die Einnahmeseite des Reiches. Einleitend hat er um beschleunigte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Reichshaushaltsordnung. Dem Reichstag werde in dieser Herbsttagung der Nachtragshaushalt für 1929 und der Haushaltsplan für 1930 zugehen. Die Beratungen über die Reichshaushaltsordnung müßten vorher abgeschlossen sein. Zum Nachtrag für 1929 äußerte sich der Minister, daß die Sparaktion des Reichstages die Einnahmeseite so eingengt hätte, daß gewisse Korrekturen notwendig seien. Der Nachtrag werde erst vorgelegt, wenn die Haager Verhandlungen über den Young-Plan abgeschlossen seien. Im Nachtragshaushalt müsse man zunächst

das Defizit des Jahres 1928 in Höhe von 154 Millionen abdecken.

In zweiter Linie müsse man an das Defizit des Jahres 1929 denken. Schließlich müßte auch eine Reihe von Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder Vertragsverpflichtungen, die neu entstanden seien, in den Nachtrag eingestellt werden. Der Minister verwies dabei auf die 12,5 Millionen Rm. aus dem belgischen Mark-Abkommen, die Deutschland jährlich zahlen muß.

Dann wandte sich der Minister gegen die von der Presse geübte Kritik. Es könne keine Rede von einer Verschleppung der Vorlage des Nachtrages sein. Dasselbe gelte für den Etat 1930 und für die Finanzreform. Der Etat 1930 werde auf der Finanzreform aufgebaut sein.

Die Finanzreform erstrebe eine Senkung der Steuerlasten. Nur so sei eine Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft möglich. Damit werde zugleich beste Sozialpolitik getrieben. Die Finanzreform werde an einer Senkung der Einkommensteuer und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Das Ziel werde nicht dadurch verkleinert, daß die Biersteuer in einem Umfange erhöht würde, wie sie für den Etat 1929 geplant war. Der Minister besitz, daß er gegenwärtig an Monopole denke. Er sprach dabei von Komplikationen, die die Reform aufhalten könnten. Die Finanzreform habe zur Voraussetzung, eine echte Bilanzierung des ordentlichen Etats und eine fortschreitende Sanierung des außerordentlichen Etats. Die Sanierung der Kassenlage könne durch Anleihen erfolgen.

#### Die parlamentarische Kritik.

Graf Westarp (Snatl.) betonte, daß die Ausführungen des Finanzministers so wenig beweiskräftig seien, daß sie nicht zur Beruhigung über die katastrophale Lage der Reichsfinanzen und der Kassenlage dienen könnten. Man müsse ein zahlenmäßig klares Bild verlangen können.

Dr. Hortlacher (Bayr. Sp.) betonte, seine Fraktion sehe keine großen Hoffnungen auf die Steuerreform. Der Finanzminister schlage bereits neue Steuern vor. Die Biersteuer werde auf schärfsten Widerstand stoßen. Wenn der Bierkonsum zurückginge, würde die Lage der Landwirtschaft katastrophal werden.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen teilte der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Ködner (Zent.) mit, daß ein deutschnationaler Antrag eingegangen sei, mit dem Verlangen, der Finanzminister möge zahlenmäßige Unterlagen geben.

Der Finanzminister erklärte, daß er die Zahlen nicht geben könne, bevor nicht der Young-Plan abgeschlossen sei. Graf Westarp begründete nunmehr den deutschnationalen Antrag. Er wies darauf hin, daß die monatlichen Uebersichten aus dem Finanzministerium nicht genügend Klarheit ergeben. Man müsse auch wissen, wie der Minister sein Finanzprogramm im einzelnen durchzuführen gedenke. In der Abstimmung wurden der deutschnationale Antrag und ähnliche Anträge der Kommunisten abgelehnt.

### Es folgte die Beratung des Gesetzesentwurfs zur Änderung der Reichshaushaltsordnung.

Professor Dr. Schreiber (Ztr.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß sich die Novelle zwischen Polen beuge, die einmal durch die Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers und zum anderen durch das Budgetrecht des Reichstages gezeichnet würden. Abgeordneter Herzig (DntL.) betonte, daß sich eine übermäßige Diktatur des Finanzministers verbiete, solange das parlamentarische System und parteimäßige Bindungen eine Abhängigkeit des Finanzministers ermöglichten. Seine Freunde ständen dem Entwurf ablehnend gegenüber. Abgeordneter Bernhard (Dem.) meinte, der Reichstag müsse unter allen Umständen die Entscheidung des Finanzministeriums revidieren können.

Finanzminister Dr. Silberding nannte einen Vorschlag des Abg. Dr. Cremer (D. Sp.), die ganze Aufstellung des Haushaltsplans aus dem Finanzministerium herauszunehmen und einen besonderen Haushaltsminister zu bestellen, nicht durchführbar. Abg. Heinig (Soz.) lehnte den Finanzdiktator und die Aufspaltung der Befugnisse des Finanzministers für seine Partei entschieden ab. Der Ausschuss vertagte sich auf Donnerstag.

### Diskontermäßigung in Newyork

#### Kräftige Erholung der Newyorker Börse

Newyork, 1. November. Der Newyorker Börsenbeginn brachte am Donnerstag keine Fortsetzung der bisherigen aufseherregenden Kursstürze, da man in den Vereinigten Staaten infolge der Londoner Diskontermäßigung einen entsprechenden Schritt auf den maßgebenden amerikanischen Banken erwartete, wurden aus dem ganzen Lande Kaufaufträge erteilt. Bereits in der ersten halben Stunde wurden 25 Millionen Stück Aktien umgesetzt und um 1,30 Uhr amerikanischer Zeit war der Umsatz auf über 4,5 Millionen Stück gestiegen. Die Kurse besserten sich sprunghaft bis zu 30 Punkten. Allgemein herrschte eine freundlichere und beruhigtere Stimmung. Zum Laufe des Tages wurde die erwartete amerikanische Diskontsenkung überaus schnell zur Wirklichkeit. Der Federal Reserve Board setzte die Diskontsätze um ein volles Prozent von 6 auf 5 v. H. herab. Im weiteren Verlauf der Newyorker Börse konnten sich die höchsten Notierungen allerdings nicht ganz behaupten, sondern es traten wieder letzte Ermäßigungen bis zu 6 Punkten ein.

### Sport.

Kein Rugbystampf Deutschland — Tschechoslowakei. Als Ersatz für den ausgefallenen Rugby-Länderskampf Deutschland — Italien sollte am 3. November ein Treffen gegen die Tschechoslowakei stattfinden. Die vom Deutschen Rugbyverband mit den Tschechen eingeleiteten Verhandlungen haben jedoch bisher ein negatives Ergebnis gezeitigt, so daß die Begegnung abgesehen wurde.

Keine weitere Teilnahme Englands am Wettbewerb am den Schneider-Pokal. Infolge der wegen der Teilnahme am Wettbewerb um den Schneider-Pokal am 7. September entstandenen hohen Unkosten hat die englische Regierung beschlossen, in Zukunft von jeder weiteren Beteiligung am Wettbewerb um diesen Preis abzusehen.

Deutschlands Meisterturner in Hildesheim. Der älteste und größte Turnverein des Weser-Leine-Gaues, der Mtu. 1848 Hildesheim, wartet am 1. Dezember mit einer turnerischen Großveranstaltung im Hildesheimer Stadttheater auf. Zum ersten Male werden hierbei zwölf der besten deutschen Geräteturner aus Berlin, München, Leipzig, Hamburg, Augsburg, Frankfurt am Main mitwirken. Gerade aus diesem Grunde dürfte die Veranstaltung nicht nur in Fachkreisen, sondern bei allen Freunden deutscher Leibesübungen Anklang finden, wie auch die rege Nachfrage im Vorverkauf schon bewiesen hat.

Saubbild-Meisterklasse der Spielgruppe Nordbavarn. Der bayerische Meister und L. u. Sp.-B. 1883 Nürnberg, der erst in die Klasse aufgestiegen ist, stehen angeklagt an der Spitze, hart gefolgt von L. u. Sp.-B. 1883 Nürnberg. Mit nur einem Punkt folgen dann Tgm. Würzburg 1848 und Mtu. Fürth. Ohne Punkt ist bis jetzt Tdb. Bayreuth. Am 3. November wird eine Klärung erfolgen, da sich die beiden Spitzenmannschaften an diesem Tag gegenüberstehen.



### Die beste deutsche Reitermannschaft.

Die Reitergruppe der Provinz Hannover gewann in diesem Jahre zum dritten Male den Landeswettbewerb anlässlich des großen Turniers in der Westfalenhalle in Dortmund gegen zwölf Mannschaften aus verschiedenen deutschen Landesteilen. Dieselbe Mannschaft stellte in drei weiteren Prüfungen die Sieger.

